

# Internationaler Frauentag 2016



## Zeit für Arbeit und Leben Für Entgeltgerechtigkeit – Gemeinsam gegen Rassismus und Vorurteile!

Immer mehr Frauen gehen einer bezahlten Arbeit nach – doch häufig zu prekären Bedingungen: in unfreiwilliger Teilzeit, zu niedrigen Löhnen, befristet oder in Minijobs.

Frauen sind zwar vergleichsweise mehr beschäftigt als früher, sie arbeiten jedoch zu weniger Arbeitsstunden und zu geringerem Lohn als Männer. Frauen üben Call-Center Tätigkeiten aus, sie sind in der Reinigung beschäftigt, sie sind im Sozialen tätig, sind Erzieherinnen oder vielleicht auch Laborantinnen.

Frauen arbeiten zwar mehr, aber weniger an Arbeitsstunden als Männer. Ein Großteil von ihnen jedoch in prekärer Beschäftigung. Zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich sind weiblich. 75 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Der Zugang von Frauen zu bezahlter Arbeit findet zu oft in Teilzeitarbeit statt; Arbeit mit kurzer Zeit und somit auch mit geringeren Löhnen und Gehältern! Aktuell arbeiten rund 7,5 Millionen Menschen für einen geringfügigen Lohn – also in Minijobs. Untersuchungen ergaben, dass jeder zehnte Minijobber einen ausländischen Pass hat. Es

bleibt dabei: Ein Job reicht nicht zum Leben nicht mehr aus!

Der Zuwachs der Frauenerwerbstätigkeit findet größtenteils im Niedriglohnbereich statt. D.h. Frauen sind größtenteils Minijobber oder Teilzeitkräfte. Die Lohnungleichheit besteht trotz erhöhter Erwerbstätigkeit von Frauen weiter. Der Bedarf an flexiblen und billigen Arbeitskräften deckt sich mit einer Politik, die die unbezahlte Sorgearbeit (Familie, Kind, Pflege, Erziehung etc.) an die Frauen abwälzt. Häusliche und familiäre Verpflichtungen lasten weiterhin auf den Schultern der Frauen - unabhängig ihrer beruflichen Qualifikationen und Bildungsniveaus.

Der 8. März war und bleibt für uns auch heute, ein Tag in dem wir unsere Forderung lautstark formulieren:

- Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit
- Kostenlose Betreuungsplätze
- Einkommen, von dem wir leben können
- Sozialversicherungspflicht ab dem 1.Euro –

Nein zur Altersarmut.





## **Nein zu Rassismus und Sexualisierte Gewalt gegen Frauen!**

Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung. Egal wo und aus welchen Motiven sie passiert. Die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten entlarven die dunklen Seiten in der Lebenswirklichkeit von vielen Frauen. Gewalt gegen Frauen bzw. im konkreten Fall die sexualisierte Gewalt ist seit Jahren ein immer da gewesenes Problem. Sie hat keine Herkunft, keine bestimmte Religion und darf keiner bestimmten Bevölkerungsgruppe zugeschrieben werden. Einer im März 2014 veröffentlichten Studie zufolge ist in den Staaten der Europäischen Union jede dritte Frau schon einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt geworden. (Untersuchung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte – FRA). 62 Millionen Frauen in der EU seien betroffen. Deutschland liegt mit 35 Prozent etwas über dem EU-Schnitt (33%). Die Autoren der Studie schätzen, dass mindestens 83 Millionen Frauen in der EU seit ihrem 15. Geburtstag schon einmal sexuell belästigt worden sind.

Statt über die tatsächlichen Ursachen von frauenspezifischer Gewalt zu sprechen, die in patriarchalischen Denk- und Machtvorstellungen ruhen, versuchen nun rechte und rassistische Kreise wie Pro NRW, AfD oder Pegida die Stimmung aufzuheizen

und für ihr menschenverachtendes Weltbild zu instrumentalisieren. Dazu reihen sich die Gesetzesinitiativen zur Verschärfung des Asylrechts einschließlich der erleichterten Abschiebung von kriminellen Geflüchteten.

Wir stellen klar:

- Das Asylrecht ist ein Menschenrecht – und ist damit kein Gastrecht!
- Gewalt gegen Frauen einschl. der sexuellen Nötigung ist ein Verbrechen, deren Wurzeln tief verankert ist in überkommenen, patriarchalischen Denk- und Verhaltensweisen – unabhängig von Herkunft, Kultur, Religion und Bevölkerungsgruppe.
- Die Kürzungen im Bereich der Frauen- und Mädchenhäuser führen nur zu einer Verschlechterung der Situation von Betroffenen. Die finanzielle Förderung von Beratungs- und Mädchenhäusern muss gewährleistet werden!

## **Nein zu Rassismus – Für Frieden und ein solidarisches Miteinander.**

Mit der Beendigung des kurdisch-türkischen Friedensprozesses durch den türkischen Präsidenten Erdoğan herrscht verheerender Krieg gegen Kurden und Kurdinnen, gegen jegliche demokratische Opposition. Weltweit toben Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen. Über 50 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Doch ihre Hoffnung auf ein besseres, sicheres Leben wird viel zu oft zerstört. Mit Grenzschutzagenturen werden Menschen auf See aufgespürt, in die zurückgebracht oder in Flüchtlingscamps unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Statt Fluchtursachen zu beseitigen, bekämpft die EU lieber Flüchtlinge. Zeitgleich nehmen rassistische Übergriffe zu. Wir erwarten von der Bundesregierung und den politischen Parteien, dass sie den Kampf gegen Rassismus mit konsequentem Handeln stärkt. Dazu gehört u.a. dass faschistische Parteien und Organisationen und deren Propaganda verboten werden, sowie ein politisches Klima geschaffen wird, in dem rassistische Ressentiments gesellschaftlich verurteilt werden.

Gerade in diesen Tagen gilt es mehr denn je, sich für Frieden, für ein solidarisches Miteinander einzusetzen und sich gegen jegliche Form von Menschenverachtung und Rassismus zu widersetzen.

